



AMNESTY ÖSTERREICH IN CLUJ-NAPOCA (RUMÄNIEN)

UNSERE GRUPPE WAR DABEI

Am 17. Dezember 2010 hatte in Cluj-Napoca (Klausenburg, Siebenbürgen) eine Zwangsräumung stattgefunden: Bei klirrender Kälte ($-20\text{ }^{\circ}\text{C}$) waren, nach einer Ankündigung erst am Tag vorher, 76 Roma-Familien aus ihren Wohnstätten nahe des Zentrums der Stadt vertrieben worden. 40 Familien wurden in die Siedlung Pata Rap in neue Häuser gebracht: ein Raum mit 16 bis 18 m² Wohnfläche pro Familie, Sanitäreinrichtungen für jeweils vier Familien gemeinsam. Die Häuser waren neu gebaut, also feucht und kalt, die Sanitäräume nicht fertig. Die restlichen Familien kamen bei Verwandten unter oder erhielten (zu wenig) Baumaterial, um sich selbst vor Ort etwas zu bauen.

Da bei uns in Österreich diese Zwangsräumung Teil unserer Arbeit war (wir hatten bei Informationsständen Unterschriften gesammelt, aber auch Briefe geschrieben), fuhr am Sonntag, dem 16. Dezember, eine bunt gemischte Gruppe von zwanzig österreichischen Amnesty-Aktivistinnen und -Aktivisten mit einem Bus nach Rumänien, wo wir gegen Abend ankamen. Am nächsten Tag wurde uns bei einem Einführungsgespräch noch einmal die ganze Tragweite dieser Zwangsräumung bewusst: schlimme Wohnverhältnisse, kaum Infrastruktur in der neuen Siedlung, weit weg vom Stadtzentrum, von Bus, Schule und Arbeitsplatz.

Am Abend nahmen wir an einer großen Öffentlichkeitsaktion beim Rathaus der Stadt teil, gemeinsam mit Betroffenen, anderen NGOs und Privatpersonen. Die lange Menschenkette, die Laternen, die Trommler, kurze Reden, an die Wand des Rathauses projizierte Bilder: Es war beeindruckend. Großartig war das Interesse der Medien. Anschließend besuchten wir die Vernissage einer Kunstaktion, bei der unter anderem eine im Maßstab 1:1 aufgebaute Wohnung gezeigt wurde, die Videodokumentation sowie Fotos der Geschehnisse und Aktionen der letzten zwei



Bei der Öffentlichkeitsaktion in Cluj-Napoca
© Laurent Ziegler

Jahre, Kinderzeichnungen und das Modell einer Wohnung, wo versucht werden konnte, diese mit den vorhandenen Möbeln einzurichten. Muss man erwähnen, dass dies nicht möglich ist? Entweder keine Betten oder keine Sessel ... Sehr aufschlussreich waren die Gespräche mit Betroffenen. Diese sind in den letzten zwei Jahren von „Opfern“ zu Menschen geworden, die sehr selbstbewusst ihr Schicksal zum Besseren zu wenden versuchen.

Nach einem Besuch am Dienstag in der Siedlung Pata Rap, wo wieder die Gespräche im Vordergrund standen, wir aber auch einen Eindruck der Wohnverhältnisse gewinnen konnten, stand noch eine Konferenz an der Uni am Programm. Leider konnten wir die gesammelten Unterschriften an keine Vertreter der Stadt übergeben, die waren nicht gekommen. (Die Übergabe ist inzwischen nachgeholt worden.) Bei dieser Konferenz gab es viele Statements, Wortmeldungen und Diskussionen, aber wenig Konkretes. Wir werden also weiter Druck ausüben, damit der Wunsch der Community nach Wohnungen in der Stadt Wirklichkeit wird.

Was ist mein persönliches Resümee? In den langen Jahren, in denen ich mich ehrenamtlich bei Amnesty International engagiere, gab es sehr selten Begegnungen mit Betroffenen. (Die Ausnahme, die unsere Gruppe erleben durfte, war Vladimir Borisow, der nach seiner Ausreise aus der Sowjetunion in Linz für einen Vortrag zur Verfügung stand.) In Cluj konnten wir mit den Betroffenen reden, uns in ihre Situation denken, aber wir konnten auch ihnen zeigen, wer die sind, die sich aus dem Ausland für sie einsetzen. Ich denke, es war ein Treffen auf Augenhöhe. Diese Reise war für Amnesty eine internationale Premiere, eine Aktion in einem anderen Land war noch nie gemacht worden. Unsere Stärke, durch Druck auf Regierungen zu Ergebnissen zu kommen und Menschenrechte durchzusetzen, konnte hier wieder eindrucksvoll gezeigt werden. Ich denke, diese Reise war ein Erfolg, wert, wiederholt zu werden.

Bernhard Kastl

WENN DU NICHT EXISTIERST! – S.O.S. EUROPA

DIE RECHTE VON FLÜCHTLINGEN, ASYLSUCHENDEN UND MIGRANTEN/-INNEN MÜSSEN GESCHÜTZT WERDEN!

Tausende begeben sich jährlich auf eine lebensgefährliche Reise. In völlig überladenen, seeuntauglichen Booten versuchen sie, das Mittelmeer zu überqueren. Menschen, die fliehen müssen, weil sie aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden. Sie verlassen ihr Heimatland wegen Kriegen, Konflikten und/oder Armut. Jede Person, die ihr Zuhause verlässt, hat ihre eigene Geschichte. Verzweifelte Menschen wurden für Tage auf See zurückgelassen, während Länder der EU darüber diskutierten, wo sie aufgenommen werden sollen. Laut einem UNHCR-Bericht von 2011 sind mindestens 1500 Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, ums Leben gekommen.

Europa hat sich in den letzten Jahren immer mehr abgeschottet und die Verantwortung durch Abkommen mit den Transitländern ausgelagert. Italien hat Vereinbarungen mit Ägypten, Gambia, Ghana, Libyen, Marokko, Niger, Nigeria, Senegal und Tunesien abgeschlossen, Spanien Kooperationsvereinbarungen mit Cap Verde, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Mali und Mauretanien.

Die *European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the EU* (bekannt als *FRONTEX*) operiert auch außerhalb europäischen Territoriums. *FRONTEX* übernimmt nicht nur Patrouillen im Mittelmeer, sondern auch vor westafrikanischen Küsten, inklusive der Hoheitsgewässer von Senegal und Mauretanien, in Zusammenarbeit mit diesen Ländern.

Die überwiegende Mehrheit derer, die zum Beispiel Libyen Richtung Europa verlassen, kommt aus Eritrea, Äthiopien, Somalia und dem Sudan, aber auch dem Irak und Palästina. Am 6. April 2011 ertranken mehr als 200 Menschen, als ein Boot mit Somalis und Eritreern an Bord kenterte. Der Vorfall ereignete sich im Einsatzgebiet von Malta. Malta erhielt einen Notruf, scheiterte aber am Organisieren eines Rettungseinsatzes und behauptete, Italiens Such- und Rettungsposten wäre geografisch näher. Als ein italienisches Schiff ankam, waren die meisten Bootsinsassen bereits tot; 47 Menschen überlebten das Unglück. Nur ein Beispiel, das durch Zeugenaussagen von Überlebenden ans Licht kam.

Nicht die persönlichen Schicksale einzelner Männer, Frauen und Kinder stehen im Vordergrund, sondern sicherheitspolitische Bedenken, die Unterbindung illegaler Einwanderung etc. Vor dem Abschluss dieser Abkommen über Migrationskontrolle brachte Italien die auf See abgefangenen Menschen auf italienisches Territorium zur Prüfung und Beurteilung ihres Schutzbedürfnisses. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit den Menschenrechten, die die Verpflichtung beinhalten, Asylwerbern/-innen die Möglichkeit zu bieten, internationalen Schutz zu beantragen.

Ab Mitte 2009 begannen die italienische Küstenwache und die Zollpolizei, die Insassen abgefangener Boote direkt nach Libyen zurückzuschicken.



Nach der Flucht von Libyen nach Europa
© Amnesty International

2012 stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte fest, dass das Zurückschicken von Menschen nach Libyen ohne Überprüfung der persönlichen Umstände auf eine Massenabschiebung hinausläuft und somit die Rechte dieser Personen verletzt. Abgefangene oder auf See gerettete Flüchtlinge müssen Zugang zu individuellen Prozessen erhalten. Und wenn sie zurückgeschickt werden, so muss dies in Sicherheit und Würde geschehen.

Die Existenz von bilateralen oder multilateralen Abkommen zwischen Staaten befreit diese also nicht von ihren Menschenrechtsverpflichtungen. Abkommen zur Migrationskontrolle müssen sicherstellen, dass die Rechte von Migranten/-innen, Flüchtlingen und Asylsuchenden geschützt werden. Trotz Stellungnahmen von AI und anderen über die aktuelle Gefahr von Menschenrechtsverletzungen unterzeichnete Italien am 3. April 2012 ein weiteres Abkommen mit Libyen.

18000 Männer, Frauen und Kinder sind seit 1988 – laut gesammelten Presseberichten – entlang der europäischen Grenzen gestorben.

900000 Menschen flüchteten während des Konflikts aus Libyen hauptsächlich in die Nachbarländer Tunesien und Ägypten.

58000 „irreguläre“ Migranten/-innen, Asylsuchende und Flüchtlinge haben es an die europäischen Küsten geschafft. 28000 davon kamen aus Tunesien. Sie landeten auf der Insel Lampedusa, Italien. Prognostiziert worden war 1 Mio.

301000 Menschen haben in 27 EU-Ländern Asyl beantragt. Im Flüchtlingscamp Dadaab, Kenia, leben alleine 463000 Flüchtlinge.

Insgesamt leben 14 Prozent aller Flüchtlinge dieser Welt in den 27 EU-Staaten, das sind weniger als 1,4 Mio. Alleine Pakistan beherbergt 1,9 Mio. Flüchtlinge.

Quelle: AI-Jahresbericht 2012, Basis 2011

S.O.S. Europe:

Human Rights and Migration Control

Dieser kurze AI-Bericht beschäftigt sich mit Aspekten der europäischen Politik der Migrationskontrolle und deren Auswirkungen auf die Menschenrechte. Er ist Teil der internationalen AI-Kampagne „*When you don't exist!*“. Ziel ist, die Rechte von Migranten/-innen, Flüchtlingen und Asylsuchenden in Europa zu schützen.

AI fordert, dass alle Richtlinien zur Grenzkontrolle mit den Menschenrechtsverpflichtungen übereinstimmen sowie die völlige Transparenz bestehender und zukünftiger Abkommen.

Den detaillierten Bericht und Forderungen von AI finden Sie unter www.amnesty.at.

Sylvia Pumberger

Quellen: Amnesty-Bericht „S.O.S. Europe: Human Rights and Migration Control“, www.amnesty.eu

Spendenkonto:
PSK, BLZ 60.000
Konto 1.030.000



LIEBE FÖRDERINNEN UND FÖRDERER, LIEBE SPENDERINNEN UND SPENDER!

Im Namen unserer Gruppe möchte ich mich ganz herzlich für die Unterstützung bedanken, die wir von Ihnen auch im letzten Jahr wieder erhalten haben und durch die unsere Arbeit erst möglich wird. Gleichzeitig hoffen wir natürlich auch im neuen Jahr wieder auf Ihre Hilfe.

Einer der Schwerpunkte unserer Arbeit im abgelaufenen Jahr waren unterschiedliche Aktionen zum Thema Recht auf Wohnen.

Immer wieder werden Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben, oft ohne Vorwarnung oder die Bereitstellung von Ersatzquartieren. Häufig trifft es Angehörige der Roma, die immer wieder vertrieben werden, in Frankreich, Italien, Rumänien und Ungarn.

Im Rahmen unserer Regionaltagung Anfang Oktober in Braunau errichteten wir ein Hüttendorf, um die Situation dieser Menschen nachvollziehbar zu machen. Auf unserer Homepage können Sie Fotos dieser Aktion sowie ausführlichere Informationen zum Menschenrecht auf Wohnen sehen.

Ebenso finden Sie auf dieser Seite einen Bericht über die Situation von Roma-Kindern in Tschechien, denen der Zugang zu normalen Schulen erschwert wird. Damit hat auch die nächste Generation keine Möglichkeit auf sozialen Aufstieg, das bedeutet auf geregelte Arbeit, auf Wohnung und auf ein sicheres, regelmäßiges Einkommen. Die Diskriminierung der Roma ist in Europa auch fast sieben Jahrzehnte nach dem Holocaust überall gegenwärtig, das ist eine Schande, aber (fast) alle schauen zu!

Amnesty schaut nicht zu, wir beziehen Stellung, bitte helfen Sie uns auch künftig dabei!

Dr. Waltraud Meyer-Kriechbaum



© Amnesty International

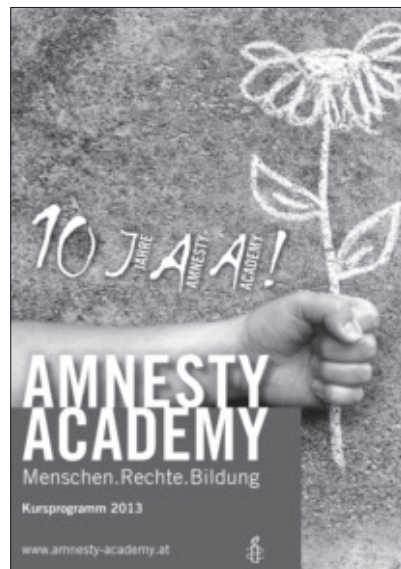
Aktuelle Meldungen zu menschenrechtsrelevanten Themen,
zu Aktionen, zur Arbeit unserer Gruppe:

www.amnesty-linz.at

Titel	
Name	
Geburtsdatum	
Beruf	
Strasse	
PLZ	Ort
Telefon	
E-Mail	

Amnesty International
Gruppe 8
Bernhard Kastl
Moslbergerstraße 23
4502 St. Marien

€ 0,62



AMNESTY ACADEMY

Die Bildungseinrichtung
von Amnesty
International Österreich

Alle Veranstaltungen
und
Anmeldemöglichkeit
unter:
www.amnesty-academy.at

Gratis anfordern
unter: 01/78008
E-Mail:
academy@amnesty.at

MENSCHENRECHTSBILDUNG FÜR JUGENDLICHE

Für Lehrer und Jugendleiter bieten wir Vorträge und Workshops über Menschenrechte, Menschenrechtsgeschichte oder Amnesty International an.

Wir passen gerne Inhalt und Methode an das Alter der Jugendlichen, an besondere Interessen, aktuelle Themen oder auch den Lehrplan an.

Rückfragen an gruppe8@amnesty-linz.at

ICH HELFE MIT.

- Aktiv für die Menschenrechte
- Ich interessiere mich für Mitarbeitmöglichkeiten bei Amnesty International und erhalte kostenlos eine Informationsmappe zugesandt.
- Ich möchte aktiv in einer AI-Gruppe mitarbeiten.
- Ich möchte die Menschenrechtsarbeit von AI finanziell unterstützen *
- mit einem Mitgliedsbeitrag von
- mindestens € 55,- oder €
- ermäßigt (Schüler/-innen, Studenten/-innen ...) € 18,- und erhalte das AMNESTY JOURNAL – die Zeitung für Menschenrechte – regelmäßig zugesandt.
- mit einer freien Spende von € und erhalte laufend Informationsfolder zugesandt.

Datum

Unterschrift

* Ich erhalte kostenloses Informationsmaterial und einen Erlagschein.

Gruppe 8



16. und 17. März 2013 40. BÜCHER- FLOHMARKT

Samstag von 9 bis 18 Uhr, Sonntag von 9 bis 13 Uhr
Freie Waldorfschule in Linz, Baumbachstraße 11
(Nähe Neuer Dom)

Wir bieten auch heuer wieder mehr als 10000 Bücher aus den verschiedensten Sachbereichen, wie Romane, Lyrik, Sach- und Taschenbücher, Kinder- und Jugendbücher, Fremdsprachiges, Krimis, religiöse Bücher und „Extras“ (Kunst- und Bildbände), an.

Kommen Sie, schmökern Sie nach Herzenslust und nehmen Sie das eine oder andere Buch (je mehr, desto besser für die Finanzierung unserer Arbeit) mit nach Hause!

Unsere bekannt günstigen Preise:

Taschenbücher € 0,50, gebundene Bücher € 1,-,
„Extras“ nach Vereinbarung

Auch eine größere Anzahl LPs steht zur Auswahl bereit.

Unser nächster Termin: 16. und 17. November 2013 41. BÜCHER- FLOHMARKT

RADIOSENDUNG UNSERER GRUPPE ZUM THEMA MENSCHENRECHTE

Sender und Sendezeiten:

Freies Radio OÖ (FRO) auf **105,0 MHz** (Großraum Linz)
bzw. LIWEST-/WAG-Kabel auf **95,6 MHz**
(zwischen Linz, Wels, Steyr)
bzw. www.fro.at/Livestream

Jeden zweiten Montag im Monat von 19 bis 20 Uhr
Wiederholung jeden zweiten Dienstag im Monat
von 14 bis 15 Uhr

Freies Radio Freistadt (FRF) auf **107,1 MHz:**
Jeden dritten Montag im Monat von 14 bis 15 Uhr
Wiederholung am darauffolgenden Mittwoch um 21 Uhr

Archiv: cba.fro.at und www.amnesty-linz.at

Fragen zur Arbeit der Gruppe 8 bzw. Anregungen:
E-Mail gruppe8@amnesty-linz.at

action & news/intern, Nr. 1/2013, Herausgeber und Medieninhaber (Verleger): Amnesty International Österreich; Redaktion: Bernhard Kastl, Gruppe 8; DVR 0460028

Hersteller: Stiepel Druckerei und Papierverarbeitung GmbH, 4050 Traun, Hugo-Wolf-Straße 14
Verlagspostamt: 1150 Wien, Aufgabepostamt: 4053 Haid, P.b.b., Zul.-Nr. GZ 02Z 031 254 M

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



GRUPPE 8

4020 Linz, Gärtnerstraße 8

Telefon 07227/40 72

E-Mail: gruppe8@amnesty-linz.at

www.amnesty-linz.at